

VU-Initiative zu AHV-Staatsbeitrag knapp abgelehnt

Grundsatzdebatte Eine VU-Initiative zur Verlängerung des geltenden Staatsbeitrags zur AHV über das Jahr 2017 hinaus mutierte im Landtag zur Zukunftsdebatte über die Alterssicherung.

VON JOHANNES MATTIVI

Es bleibt beim Entscheid des Landtags vom vergangenen Oktober: Die AHV erhält für das Jahr 2015 einen Staatsbeitrag von 50 Millionen Franken. 2016 und 2017 wird der Beitrag um jeweils 2 Millionen Franken erhöht

und zusätzlich wird die Teuerung ausgeglichen. Über das Jahr 2017 hinaus ist kein Staatsbeitrag mehr festgelegt. Neun Abgeordnete der VU sahen dadurch die mittelfristige Planungssicherheit der AHV gefährdet und forderten in einer Initiative die Aufhebung der Jahresgrenze 2017. «Die AHV muss in Fünfjahresrhythmen planen, was ihr verunmöglicht wird, wenn ab 1. 1. 2018 kein Staatsbeitrag mehr zur Verfügung steht», argumentierte VU-Fraktionssprecher Peter Hilti im Namen aller VU-Vertreter im Parlament. Mehrere VU-Abgeordnete sahen die AHV ab 2018 am Schlingern und fragten in die Runde, wie die AHV den drohenden Ausfall der Staatsbeiträge kompensieren solle – etwa durch Erhöhung der Beitragszahlungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, durch Anhebung des

Pensionsalters, durch Kürzung der Renten oder durch vorzeitige Verflüssigung von Rücklagen zur Sicherung der Rentenzahlungen. Laut Regierungsrätin Renate Müssner beziehen knapp 60 Prozent der heutigen Pensionisten nur die AHV-Rente, haben also nur die Grundsicherung und keine 2. Säule. Von AHV-Kürzungen wäre also eine Mehrheit der Rentner existenziell betroffen.

Langfristige Zukunft der AHV sichern

In den Reihen der FBP versuchte man zunächst zu beruhigen. Rainer Gopp (FBP) sah in der Argumentation von VU-Fraktionssprecher Peter Hilti reine Angstmacherei: «Niemand wird bezweifeln, dass es ab

«Handlungsbedarf zur langfristigen Sicherung der AHV gibt es schon jetzt.»

MANFRED BATLINER
FBP-ABGEORDNETER

2018 wieder einen Staatsbeitrag geben wird. Allerdings muss das Thema der Alterssicherung in seiner ganzen Komplexität vor dem

Hintergrund der demografischen Entwicklung gesehen werden.» Der FBP-Abgeordnete Manfred Batliner lieferte dazu einige Zahlen. Heute, so Batliner, kommt auf 3,6 Erwerbstätige ein Rentner, im Jahr 2035 liegt die Rentenlast für einen Rentner auf den Schultern von nurmehr 1,6 Erwerbstätigen. Sieben von zehn Personen gehen in Frührente. Angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft und der Ausweitung der Bezüger müsse die langfristige Sicherung der AHV grundsätzlich angegangen werden. Die VU-Initiative sei hierbei nur Symptombekämpfung. Die Initiative wurde schliesslich in der Abstimmung knapp mit 13 zu 12 Stimmen vom Tisch gefegt.

